

Erklärung zum Jugendgipfel am 12. November 2013

Jugendbeschäftigung muss oberste nationale und europäische Priorität sein.

Die derzeitige Krise in Europa trifft in erster Linie die Jugendlichen. Laut Eurostat¹ sind aktuell 23,3% der jungen Menschen in Europa arbeitslos, fast die Hälfte der Jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer befindet sich in einem prekären Arbeitsverhältnis. 2012 hatten 42% der Jugendlichen in Europa einen befristeten Arbeitsvertrag (4-mal häufiger als die Erwachsenen), 32% waren Teilzeitbeschäftigte (2-mal mehr als die Erwachsenen) und 12% galten als arm. 14 Millionen Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren haben weder einen Arbeitsplatz, noch befinden sie sich in einer Ausbildung und haben häufig keinerlei soziale Absicherung. Vor allem junge Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen und haben oft Schwierigkeiten, ein gutes und sicheres Beschäftigungsverhältnis zu finden. Prekäre Beschäftigung und Teilzeit wirken sich häufig auf das ganze Erwerbsleben betroffener Frauen aus.

Die rapide Verschlechterung der Lage der jungen Menschen ist das Ergebnis der überall in Europa betriebenen Sparpolitik, für die vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen. Dies erklärt auch die steigende Zahl der Jugendlichen, die dem gemeinsamen europäischen Projekt immer weniger Positives abgewinnen können. Ein Kurswechsel, der insbesondere eine sofortige Abkehr von der Austeritätspolitik bedeutet, ist unabdingbar. Europa muss wieder zum Synonym für sozialen Fortschritt werden. Das ist Sinn und Zweck des « Sozialpakts für Europa » sowie des europäischen Investitionsplans, die der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) fordert. Als Sofortmaßnahme zur Krisenbewältigung benötigen wir ein EU-weites Investitionsprogramm in Höhe von 2% des BIP der EU-Mitgliedstaaten pro Jahr, das insbesondere gezielt zur Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze für junge Menschen eingesetzt werden soll.

Für die Jugendlichen in Europa hat der Zugang zum Arbeitsmarkt oberste Priorität. Aus diesem Grunde ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die die Schaffung von guten Arbeitsplätzen gewährleistet und jegliches Risiko von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung von jungen Menschen verhindert. Die Sozialpartner müssen bei der Ausgestaltung dieser Politik mit einbezogen werden.

Der EGB hat lange eine Jugendgarantie gefordert. Die Europäische Union (EU) hat diese Forderung allerdings nur unzureichend erfüllt, als sie im Juni 2013 eine Jugendgarantie für die unter 25-jährigen in den am stärksten von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Regionen Europas eingeführt hat.

¹ <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>

Diese Garantie soll sicherstellen, dass allen Jugendlichen innerhalb von vier Monaten nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, der Zugang zu einem Beschäftigungsverhältnis oder zu einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme garantiert wird. Die EU hat angekündigt, dass dafür über einen Zeitraum von 2 Jahren ein Betrag von 6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden soll.

Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber angesichts des Ausmaßes des Problems ist die Ausgestaltung der Jugendgarantie unzureichend. Laut Berechnungen der Internationale Arbeitsorganisation würde die Umsetzung der Jugendgarantie in den Ländern der Eurozone 21 Milliarden Euro kosten. Nicht in Jugendbeschäftigung zu investieren wäre langfristig sogar weitaus kostspieliger, was die Berechnungen von Eurofound belegen, die die Kosten der Untätigkeit auf 153 Milliarden Euro beziffern.

Eine angemessene und qualifizierende schulische, universitäre oder duale Ausbildung ist der beste Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit. Grundsätzlich gilt: es ist sicherzustellen, dass jeder Zugang zu einer qualifizierenden Ausbildung hat. Um Missbrauch einzudämmen brauchen wir auf europäischer Ebene Qualitätsstandards für Praktika und die duale Ausbildung, die unter Einbeziehung der Sozialpartner erstellt werden müssen.

Ein Absinken von Sozialstandards durch atypische Arbeitsverträge oder besondere Lohn- und Gehaltsmodelle für Jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lehnen wir ab. Beweggrund für Mobilität der Jugendlichen in Europa dürfen nicht die Schwierigkeiten in ihrem Herkunftsland sein. Die wirtschaftliche Entwicklung eines jeden Landes der Europäischen Union muss es ermöglichen, dort ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die Jugendlichen zu schaffen.

Wir wollen, dass ein Fundament sozialer Mindeststandards in Europa dazu führt, den Wettbewerb um immer niedrigere Sozialstandards zwischen den Staaten einzudämmen, sowie auch die entsprechenden Folgen wie Ungleichheit, Armut und Prekarität zu verringern. Beinhaltend muss dieses soziale Fundament die Einführung von Mindestlöhnen in den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus fordern wir die Gleichstellung von Männern und Frauen und die Schaffung eines entsprechenden Rahmens für faire Mobilität, damit das solidarische und soziale Europa Vorrang vor dem Europa des Wettbewerbs hat.

Ein Europa, das seiner Jugend eine Zukunft bietet, setzt ganz klar einen starken politischen Willen und die Sicherstellung der Finanzierung der zu bewältigenden Aufgaben voraus. Die Jugendlichen Europas werden sich nicht mit leeren Worten zufrieden geben. Wir fordern daher von den europäischen Staats- und Regierungschefs, und insbesondere von der französischen und deutschen Regierung, der europäischen Jugend eine neue Perspektive in einem Europa des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu schaffen.